

12.9.2019

Herrn Oberbürgermeister
Klaus Eberhardt
Rathaus
Rheinfelden

Lesen an 10, 60, 65
BR Stücken z. h. t. d. w. l.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten um baldige Behandlung des folgenden gemeinsamen Antrags von SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN im Gemeinderat. Der bisherige Antrag der GRÜNEN wird zurückgezogen.

Klimanotstand in Rheinfelden

Die Stadt Rheinfelden folgt dem Vorbild von Stadt und Kanton Basel sowie in Baden Württemberg den Städten Konstanz, Bühl, Heidelberg und Karlsruhe und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität an. Mit dem politischen Begriff „Klimanotstand“ kann die Bedeutung des Klimaschutzes weiter priorisiert werden. Dabei wird jedoch betont, dass dies keine rechtlich verbindliche Bedeutung hat, sondern der Verdeutlichung einer Notwendigkeit dient, die Klimaschutzanforderungen anzuerkennen. Mit der Verwendung des Begriffs wird anerkannt, dass auf der Erde eine akute und gegenwärtige Gefahr für das Klima und durch den Klimawandel und seine Folgen auch für das Leben der Menschen besteht. Der Klimanotstand beinhaltet die Aufforderung, diese Gefahren durch schnelles Handeln abzumildern oder zu beseitigen. Hierbei sind alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.

Mit den folgenden Zielsetzungen sollen die auch für Kommunen verbindlichen Klimaziele von Paris 2016, die Erderwärmung möglichst unter zwei Grad bis 2050 zu halten, erreicht werden.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Rheinfelden ruft den Klimanotstand aus.
2. Die Stadt Rheinfelden setzt sich zum Ziel, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2030 um 50% zu reduzieren (Basisjahr 1990).
3. Die Stadt Rheinfelden setzt sich zum Ziel, bis zum Jahr 2050 eine klimaneutrale Stadt zu werden.
4. Zur Verwirklichung der Ziele nach den Punkten 2. und 3. wird zeitnah ein „Masterplan Klimaschutz“ erstellt, der das Rheinfelder Klimaschutzkonzept aus dem Jahr 2012 fortschreibt bzw. ersetzt.

Hiermit verbunden ist die Prüfung folgender Maßnahmen zur Beschleunigung des Klimaschutzes. Sie werden dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt und sind im Masterplan zu berücksichtigen:

A) Klimaschutzkonzept – Masterplan

Dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit ist jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten. Die für die Umsetzung erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen sind dem Gemeinderat vorzulegen.

B) Klimaneutrale Energieversorgung von Neubauten

Soweit die Stadt bei städtebaulichen Verträgen, Grundstückskaufverträgen und Erbaurechtsverträgen über eine entsprechende Handhabe verfügt, wird für Neubauten eine in der Jahresbilanz klimaneutrale Energieversorgung mit möglichst hohem Anteil lokal verfügbarer regenerativer Energien als Ziel fixiert. Es soll auch dargelegt werden, welche Optimierungsmöglichkeiten bei den sogenannten „grauen Emissionen“ (Emissionen durch die Erstellung der Gebäude) bestehen. Geprüft wird, ob sich durch die klimaneutrale Energieversorgung ein Zielkonflikt zum geförderten Wohnungsbau ergibt und wie er gelöst werden kann.

C) Mobilitätsmanagement für die Gesamtstadt

Teil des Masterplans „Klimaschutz“ ist ein Mobilitätsmanagement. Hauptziel ist die Verminderung des motorisierten Individualverkehrs (Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotor): Bei möglichst vielen Verkehrsteilnehmer/innen soll ein Verständnis für Maßnahmen zur Steuerung des ruhenden und des fließenden Verkehrs gewonnen werden, um ein Umdenken bei der Wahl der Verkehrsmittel zu erreichen.

Dies kann insbesondere durch die weitere und deutliche Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs erfolgen. Schon bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplans des Landkreises erwarten wir erste Ansätze.

Ziel muss es sein, die jährliche Zunahme an Fahrzeugen in der Stadt zu stoppen und dann mittelfristig zu senken. Bessere Zugverbindungen (Elektrifizierung der Hochrhein-Strecke), integrierte Busverbindungen, der beschleunigte Ausbau des Radwegenetzes sowie ein einfacheres/günstigeres Preissystem tragen hierzu bei.

Zur Verringerung der CO₂-Emissionen fördert die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis den Einsatz alternativer Antriebe, auch bei Omnibussen (Elektromobilität, Fahrzeuge mit Brennstoffzellen usw.), insbesondere im eigenen Fuhrpark, und den Ausbau des E-Ladenetzes sowie das Car-Sharing.

D) Energiemanagement für städtische Gebäude

Das Hochbauamt wird aufgefordert, bis Mai 2020 zusammen mit dem Energie- und dem Klimaschutzmanager zu prüfen, wie das Energiemanagement für die städtischen Gebäude verbessert werden kann. Bereits im Energiebericht genannte, aber nicht umgesetzte Vorschläge sind beschleunigt in Angriff zu nehmen.

E) Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate im Stadtgebiet

Die Verwaltung wird aufgefordert, mehrere Varianten für ein „Anreizprogramm 2030“ zur Sanierung des Gebäudebestands, andererseits ein Förderprogramm für regenerative Energien zu prüfen und dem Gemeinderat zusammen mit anderen möglichen Maßnahmen bis zum Frühjahr 2020 zur Beschlussfassung vorzulegen.

F) SWR-Zielkatalog

Ein Zielkatalog für den Klimaschutz der Stadtwerke Rheinfelden wird bis Mitte 2020

ausgearbeitet und zusammen mit dem Klimaschutzmanager um grundsätzliche Klimaschutzanforderungen ergänzt.

G) Ziele im European Energy Award

Auf Grundlage des nächsten internen Audits sollen zusätzliche Maßnahmen zusammengestellt werden, die es ermöglichen, den Gold-Standard (75 %) zu erreichen. Dem Gemeinderat wird hierzu berichtet.

H) Klimabeirat

Aus Einwohnern und Stadträten ist ein Klimabeirat als ein den Prozess begleitendes Gremium zu bilden, das auch der Evaluierung und Nachjustierung aller Einzelprozesse dient. Die Einwohner sollen sich aus „Zufallsbürgern“ zusammensetzen.

I) Notstand des Waldes

Der Gemeinderat greift den auf der Grundlage des Antrags von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gefassten Beschluss des Ortschaftsrats Karsau auf und beschließt eine Unterrichtung der durch die Klimakrise verursachten neuen Waldschäden. Hierbei ist auch über den Zustand der Bäume in der Stadt zu berichten. Gemeinsam mit dem Forst und privaten Waldbesitzern sind geeignete Maßnahmen zur Sicherung der auf Gemarkung Rheinfelden liegenden Waldflächen anzugehen.

Begründung:

Die durch die Fridays-for-Future-Bewegung (FFF) angeregte Ausrufung des Klimanotstands dient dazu, „alle Kräfte aus Politik und Bevölkerung zu bündeln, um gemeinsam sofortige und entschlossene Anstrengungen zum Klimaschutz zu leisten.“ Sie steht für einen Einsatz für eine umweltverträgliche und generationengerechte Kommunalpolitik und setzt darüber hinaus auch ein Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, an die ansässigen Unternehmen, aber auch an die höheren politischen Ebenen. Um zu gewährleisten, dass die Verabschiedung der Resolution kein reiner Symbolakt bleibt, muss in einem neuen Masterplan analysiert werden, wer welche Beiträge erbringen kann und muss – einen solchen erweiterbaren Schritt stellt die Vorlage dar.

Die Verabschiedung dieses Antrags ist ein Meilenstein und Signal:

- ein Signal an die Bevölkerung und besonders an die jungen Menschen in Rheinfelden, dass dieses Thema, das die Jugend sehr bewegt, hier angekommen ist.
- Ein Signal, dass Klimaschutz ein Thema ist, das nicht nur Politik und Verwaltung angeht, sondern zu dem alle beitragen müssen.
- Seitens der Politik und der Verwaltung ist dieser Beschluss zudem ein Signal der Bereitschaft, das Tempo im Klimaschutz durch zusätzliche konkrete Maßnahmen so zu beschleunigen, dass das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden kann. . .

Konsequenter Klimaschutz ist ein Programm für die langfristige Sicherung von Wohlstand und gesellschaftlicher Stabilität. Die Schülerinnen und Schüler, die Freitag für Freitag für den Klimaschutz auf die Straße gehen, haben das verstanden; es ist höchste Zeit, dass auch die Politik das versteht. Rheinfelden muss mit einer klaren Vision verwaltet werden: der Gemeinderat versteht den Klimaschutz als eine zentrale Entwicklungsstrategie für die gesamte Gemeinde. Er berücksichtigt ab sofort die Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen klimarelevanten Entscheidungen und bevorzugt Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken.

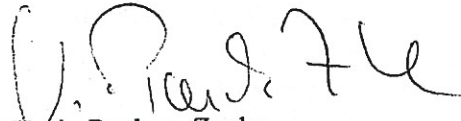
Der Weg zur klimaneutralen Stadt ist eine historische Herausforderung. Er wird uns immer wieder vor neue Fragen stellen. Rheinfelden wird sich dabei Schritt für Schritt verändern und damit auch unser Denken. Wir glauben, dass in unserer Stadt die Fähigkeiten und der Pragmatismus stecken, um diesen Weg zu gehen.

Für die Fraktion GRÜNE:



Heiner Lohmann,
Fraktionsvorsitzender

Für die SPD-Fraktion:



Karin Paulsen-Zenke,
Fraktionsvorsitzende